



MÄRKISCHER KREIS

LANDRAT

Herr Ministerpräsident
Hendrik Wüst MdL
Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

In Kopie

Frau Ministerin
Ina Brandes
Ministerium für Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Stadtter 1
40219 Düsseldorf

Herr Minister
Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen
Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

- Per E-Mail vorab -

Lüdenscheid, 10. Februar 2022

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Wüst,
sehr geehrte Frau Ministerin Brandes,
sehr geehrter Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart,

durch die Sperrung der Sauerlandlinie, der Lebensader der gesamten märkischen und südwestfälischen Region, stehen wir seit dem 2. Dezember 2021 vor großen Herausforderungen. Diese treffen Gebiete, die sich gerade in der jüngeren Vergangenheit bereits mit weiteren großen Herausforderungen konfrontiert sahen bzw. sehen. Zu den gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie trafen die Starkregenereignisse im Juli vergangenen Jahres die Region zusätzlich schwer. Beide

Faktoren waren und sind mit Folgen für Infrastruktur, Wirtschaft und weitere Lebensbereiche verbunden.

Bereits im Dezember haben wir unsere Sorgen, Nöte und Forderungen für die Region in einem Schreiben, das von einem breiten Bündnis von Behörden, Verbänden, Organisationen, Kammern, Unternehmen, gesellschaftlich relevanten Gruppen und nicht zuletzt parteiübergreifend von allen politischen Kräfte unterstützt wird, an die Bundesregierung und die zuständigen Ministerien gerichtet. Das breite gesellschaftliche Bündnis und die vielen Akteure, die gemeinsam an Lösungen arbeiten, unterstreichen den Stellenwert für die Region.

Die Situation rund um die Sperrung der Rahmedetalbrücke verlangt gemeinsame Anstrengungen auf allen Ebenen und betrifft neben dem in Zuständigkeit des Bundes liegenden Brückenneubau unterschiedlichste Bereiche. Aus diesem Grund wenden wir uns mit diesem Schreiben auch an die Landesregierung und die zuständigen Fachministerien. Das Schreiben an die Bundesregierung sende ich Ihnen mit diesem Brief zur Kenntnis ebenfalls zu.

Ganz herzlich danken wir Bundes- und Landesregierung für die enge Zusammenarbeit und die konstruktiven Absprachen. Bedanken möchten wir uns für die spürbare Bereitschaft, sich aktiv gemeinsam der Aufgabe zu stellen. Den bisherigen regelmäßigen Austausch mit Bund und Land im Rahmen der Spitzengespräche und zusätzlicher Zusammenkünfte begrüßen wir, da er zur Koordination unabdingbar ist. Mit den verschiedensten politischen Stellen, Behörden, Institutionen, Verbänden und weiteren Akteuren befinden wir uns im regelmäßigen Informationsaustausch.

Neubau der Autobahnbrücke

Jetzt ist es wichtig, frühzeitig alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Oberste Priorität muss dabei die schnelle Fertigstellung eines Ersatzneubaus der Rahmedetalbrücke haben. Uns ist bewusst, dass die Zuständigkeit bei der Autobahn GmbH liegt. Dennoch bitten wir Sie, die Notwendigkeit des zügigen Neubaus und die Interessen der Region weiterhin auf Bundesebene voranzutreiben und landesseitig, wo es geht, zu unterstützen. Die angestoßenen Initiativen aus Wirtschaft, Politik und der Region, die Planung, Genehmigung und den Bau von Verkehrsinfrastruktur zu beschleunigen, begrüßen wir ausdrücklich. Hier sind weitere Bestrebungen von Bund und Land notwendig. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dass der Neubau der Brücke mit standardisierten, schnellen Verfahren zu einer Blaupause für zu erwartende weitere Projekte wird.

Unterstützung für den Wirtschaftsstandort

Der Märkische Kreis und Südwestfalen sind mit den unzähligen Weltmarktführern ein Zugpferd der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Die A 45 ist Lebensader der Wertschöpfung. In dem gemeinsamen Schreiben an die Bundesregierung sind bereits einige Beispiele der schwerwiegenden Auswirkungen der Autobahn-Sperrung auf den Wirtschaftsstandort zusammengefasst. Auch finden dort die Kernpunkte aus den bis dahin veröffentlichten Positionspapieren der Verbände und Kammern Beachtung. Die Forderung nach finanziellen Hilfen ist ebenfalls Bestandteil des genannten Schreibens.

Viele beteiligte Stellen standen seitdem weiterhin im intensiven Austausch mit der heimischen Wirtschaft. Ganz konkrete und direkte Lagebeschreibungen betroffener Betriebe und Unternehmen zeigen eindrücklich, in welcher schwieriger Situation sich der Wirtschaftsstandort befindet.

Hinzu kommen die bereits bestehenden Herausforderungen der andauernden Auswirkungen der Corona-Pandemie, der Hochwasserschäden und die mit großen Transformationsprozessen verbundenen Aufgaben für die Automobil- und Zuliefererindustrie in Südwestfalen. Aus der Summe dieser externen Einflussfaktoren ergibt sich eine bedenkliche Situation für den über Jahrzehnte gewachsenen Industriestandort und viele heimische Betriebe. Auch der Tourismus sei prominent als stark betroffene Branche angeführt.

Besucher und potentielle Fachkräfte nehmen aufgrund der Verkehrssituation und langer Fahrzeiten von Fahrten in die Region Abstand. Es drohen der Verlust von Fachkräften und Arbeitsplätzen, die Abwanderung einzelner Betriebssparten oder ganzer Unternehmen sowie damit einhergehend auch deutliche Einbußen bei den Gewerbesteuern. Um diesen Effekten nachhaltig entgegenzusteuern, müssen auch auf den ersten Blick nur entfernt mit der aktuellen Situation zusammenhängende Aspekte, wie die ausreichende Verfügbarkeit von Gewerbeflächen oder allgemeine arbeits- und wirtschaftspolitische Themen, betrachtet werden. Innovationskraft, großes Know-How und Unternehmertum müssen auch zukünftig fest in der Region verwurzelt sein.

Die Sperrung der Brücke ist mit einer langen Kette von direkten und indirekten Folgen verbunden, die sich sowohl kurz- als auch langfristig auf die Zukunftsfähigkeit der Region auswirken. Aus diesem Grund sind auch akute finanzielle Hilfen zum Ausgleich der entstandenen Schwierigkeiten für Gewerbe, Industrie, Handel und Anwohner nötig.

Die positiven Signale des NRW-Wirtschaftsministers im digitalen Pressegespräch nach dem Spitzengespräch am 31. Januar begrüßen wir. Die Unternehmen und Betriebe stehen, wie geschildert, vor großen Herausforderungen, die sie aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Unterstreichen möchten wir die Aussage von Minister Prof. Dr. Pinkwart, dass „ihr Erfolg nicht unverschuldet wegen einer maroden Brücke in Gefahr gerät“.

Bund, Land und Kommunen müssen hier im Schulterschluss Lösungen entwickeln, damit konkrete Hilfe bei den Betroffenen ankommt. Hierzu bitten wir Sie, auch weiterhin mit der Bundesregierung und den betroffenen Kommunen die entsprechenden Gespräche zu suchen. Es ist eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen (Europäische Union, Bundesregierung, Landesregierung und kommunale Ebene) notwendig, um passgenau rechtssichere, wirksame und unbürokratische Hilfestellungen zu ermöglichen.

Im Vergleich mit anderen starken Industrie- und Wirtschaftsregionen sowie angestoßenen Förder- und Entwicklungsinitiativen für diese, muss unsere Region mit ihren spezifischen Charakteristika und der historischen Entwicklung ebenfalls mit hoher Priorität behandelt werden. Vor dem Hintergrund der genannten Summe an Herausforderungen ist für die anstehenden Weichenstellungen für eine zukunftsfähige, weiterhin wirtschaftsstarke und lebenswerte Region eine deutliche Hilfestellung erforderlich.

Ebenso halten wir es für unverzichtbar, die Situation der Anwohnerinnen und Anwohner der Umleitungs- und Ausweichstraßen in den Blick zu nehmen. Denn diese leiden massiv unter den zigtausend zusätzlichen Fahrzeugen, die tagtäglich an Ihren Wohnungen und Häusern vorbeifahren. Stetiger Lärm, teils Vibrationen in allen Wohnräumen, aber auch stark gestiegene Schadstoffemissionen setzen den Menschen stark zu. Hier müssen auf allen Ebenen alle Möglichkeiten für Lärmschutzmaßnahmen ausgeschöpft werden, zudem muss ein besonderer Fokus darauf gelegt werden, den Schwerlastverkehr, sofern es sich nicht um Ziel- oder Quellverkehr für unsere heimischen Unternehmen handelt, weiträumig aus der Region herauszuhalten und dafür alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu prüfen und umzusetzen. Dies ist auch mit Blick auf die deutliche Zunahme von Verkehrsgefährdungen für Fußgänger – insbesondere auch Schulkinder – und Radfahrer dringend geboten.

Schienerverkehr und öffentlicher Personennahverkehr

Ein wichtiger Baustein ist es auch, vermehrt Güterverkehr über das Schienennetz zu realisieren. In Bezug auf die Reaktivierung von Gleisanschlüssen für Unternehmen und Industriegebiete sowie der stärkeren Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, stehen die Wirtschaftsverbände bereits mit Frau Ministerin Brandes und der Deutschen Bahn in Kontakt. Darüber hinaus gab es bereits erste Erhebungen zum Bestand und der möglichen Nachfrage. Dieser Gesprächsfaden sollte intensiv fortgesetzt werden. Auch langfristig und im Zusammenhang mit neuen Mobilitätskonzepten ist es für eine starke Industrieregion ein wichtiges Thema, wieder mehr Transportkapazitäten auf die Schiene zu verlagern.

In Bezug auf die aktuelle Verkehrssituation im Märkischen Kreis kommt auch der Deutschen Bahn eine besondere Verantwortung zu. Beispielsweise in Bezug auf die Instandsetzung von beschädigten Strecken wie der Volmetalbahn. Auf dem Streckenabschnitt Rummenohl – Brügge soll nach derzeitigen Planungen der Deutschen Bahn erst Ende 2022 wieder Zugverkehr möglich sein. Eine deutliche Beschleunigung der Maßnahmen halten wir im Kontext der aktuellen Situation für zwingend nötig. Zudem wären eine stellenweise erhöhte Linientaktung sowie ggf. die Einrichtung weiterer Haltepunkte für Pendler zu begrüßen.

An dieser Strecke befindet sich zum Beispiel auch der Verladebahnhof Brügge, der erst im Februar 2021 zur Entlastung der Straßen eigens dafür reaktiviert wurde, um die großen Mengen an aufgrund Borkenkäferbefalls gefällten Fichten möglichst zügig abtransportieren zu können. Der Bahnhof Lüdenscheid-Brügge ist der einzige - und damit für die laufende Aufarbeitung von Borkenkäferschadholz systemrelevante - Holzverladebahnhof im Märkischen Kreis. Wöchentlich werden dort eigentlich Züge nach Süddeutschland verladen, die rund 150 LKW-Ladungen entsprechen.

Insbesondere bitten wir Sie deshalb darum, weiter mit der Deutschen Bahn und den Verbänden nach Lösungswegen zu suchen, bei denen der Schienenverkehr als Alternative für Entlastung sorgt.

Darüber hinaus ist auch der straßengebundene öffentliche Personennahverkehr im Märkischen Kreis betroffen. Die angespannte Verkehrssituation in und um Lüdenscheid sorgt bei den Nutzern zum einen für längere Fahrtzeiten und zum anderen für häufige Verspätungen und Ausfälle. Diese täglich spürbaren Qualitätsmängel sorgen insbesondere bei Pendlern und Schülern für Frustration. Ferner entstanden und entstehen erhebliche Mehrkosten, um diese zuvor genannten Auswirkungen zumindest teilweise abzumildern. Die

von der Märkischen Verkehrsgesellschaft eingeleiteten ad-hoc Maßnahmen kosteten bereits 139.000 Euro. Ab Februar ist mit monatlichen Mehrkosten in Höhe von ca. 64.000 Euro zu rechnen. Die durch den Märkischen Kreis zu tragenden Mehrkosten für den öffentlichen Personennahverkehr könnten bis Ende des Jahres ca. 907.000 Euro betragen. In Anbetracht der mehrjährigen Sperrung der A 45 können diese Mehrkosten schnell auf mehrere Million Euro anwachsen.

Nachgelagertes Straßennetz

Bereits vor Sperrung der Rahmedetalbrücke belasteten viele Schäden an sowie Sperrungen von Straßen wegen Bauarbeiten den Verkehr im Märkischen Kreis und führten zu Verkehrsbehinderungen. Diese Situation hat sich durch die Sperrung der Rahmedetalbrücke auf vielen Strecken im Kreisgebiet insgesamt nochmal deutlich spürbar verschlechtert. In Summe bedeutet dies eine Ausnahmesituation für die gesamte Region.

Davon ist zuvorderst die Stadt Lüdenscheid betroffen. Hier hat die Verkehrsbelastung, insbesondere auch in Form von Schwerlast-Transitverkehr, erheblich zugenommen. Aber auch in den umliegenden Kreisen, Städten und Gemeinden ist erkennbar, dass sich der Verkehr alternative Wege sucht. In der ganzen Umgebung ist eine enorme Zunahme der Verkehrsbelastung zu verzeichnen, insbesondere die verkehrlichen Belastungen im Bereich der unmittelbaren Nachbarkommunen zu Lüdenscheid (hier: Altena, Halver, Herscheid, Kierspe, Meinerzhagen, Nachrodt-Wiblingwerde, Schalksmühle und Werdohl) sind im gesamten Straßennetz (Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen) mehr als deutlich spürbar.

Dazu kommt, dass viele Strecken durch die spezifische Mittelgebirgstopografie des Sauerlandes mit starken Steigungen und Gefällstrecken und die Lage vieler unserer Städte und Gemeinden in Kerbtälern mit vielen Fluss- und Bachläufen geprägt sind. So sind im Märkischen Kreis an einigen zentralen Stellen selbst Bundesstraßen nicht für Schwerlastverkehr befahrbar. Insgesamt können die Straßen, die teilweise auch noch vom Hochwasserereignis beschädigt sind, die zusätzlichen Verkehrsbelastungen nicht aufnehmen. Die Topographie begrenzt zudem die Möglichkeit der Nutzung von Ausweichstrecken. Vielerorts führt dies dazu, dass zentrale Verbindungsachsen deutlich überlastet sind und damit große Probleme an nachgelagerten neuralgischen Punkten entstehen und sich der Verkehr auch oft Wege über dafür ungeeignete Straßen oder auch Wohngebiete sucht. Dieses führt zu einer erheblichen Belastung von Anwohnern.

Vor diesem Hintergrund unterstützen wir die Forderung des Landkreistages, die Planungsverfahren für die Erneuerung und den Wiederaufbau der Infrastruktur zu bündeln und massiv zu beschleunigen. Für den Märkischen Kreis und ganz Südwestfalen ist es von großer Bedeutung, die entsprechenden Planungen prioritär zu behandeln und bereits jetzt perspektivisch entsprechende finanzielle Mittel und Planungen auf den Weg zu bringen. Die höhere Belastung über die kommenden Jahre darf keine neuen Probleme im Straßennetz mit sich bringen.

Landesseitig bitten wir Sie, diese Aspekte bei den Planungen im Rahmen des Landesstraßenerhaltungsprogrammes zu berücksichtigen, um neue Engpässe durch Baumaßnahmen zu vermeiden. Hier sollten besonders die Bundesstraßen als elementare Verbindungsachsen im Fokus liegen und bei notwendigen Reparaturarbeiten mindestens

einspurig befahrbar bleiben. Die vor einiger Zeit geänderten neuen Vorgaben der Richtlinien für die Einrichtung von Arbeitsstellen erschweren in den engen Tallagen oftmals die Einrichtung einspuriger Verkehrsführungen; die Einrichtung von Umleitungsstrecken verlängert aufgrund der oftmals schwierigen topographischen Verhältnisse die Fahrwege und -zeiten erheblich. Insofern wird das Baustellenmanagement in der Region in den kommenden Jahren einer Operation am offenen Herzen gleichkommen und sollte bestmöglich abgestimmt sein.

Bedanken möchten wir uns für die Maßnahmen, die in der Zuständigkeit des Landes bzw. durch Straßen.NRW bereits gemeinsam mit der Stadt Lüdenscheid und dem Märkischen Kreis reibungslos und zeitnah umgesetzt wurden. In diesem Zusammenhang ist die Arbeit der gemeinsamen Task Force, bestehend aus Autobahn GmbH, Straßen.NRW, Kreisverwaltung, Stadt Lüdenscheid, Polizei und weiteren Teilnehmern zur Abstimmung sowie Verbesserung der verkehrsregelnden- und leitenden Maßnahmen zu loben.

Positivbeispiele bzw. bereits umgesetzte Maßnahmen:

- Die stationären Lichtsignalanlagen (LSA) im Zuge der Umleitungsstrecke wurden programmtechnisch innerhalb von wenigen Tagen auf ihre maximale Leistungsfähigkeit umgestellt. Dies bedeutet einen höheren und schnelleren Verkehrsfluss.
- Die geplanten Baumaßnahmen im Zuge der L 694 im Bereich Wettringhof (Lüdenscheid) wurde terminlich bereits zurückgestellt.
- Die Felssicherungsmaßnahme im Bereich Augustenthal (ebenfalls Lüd.) konnte ebenfalls verschoben werden; hier kommt derzeit eine mobile Stahlgleitwand als Schutz zum Einsatz; damit wurde eine einhergehende notwendige Vollsperrung zunächst vermieden.
- Eine provisorische Wiederherstellung des Gehweges im Zuge der Bundesstraße 54 (Schalksmühle) konnte durchgeführt werden; hierdurch entfiel die eingesetzte LSA zugunsten des Verkehrsflusses.
- Die Vollsperrung im Zuge der B 236 (Nachrodt-Wiblingwerde) ist zunächst verschoben worden; wobei hier jederzeit ein Eingreifen erforderlich werden kann, aufgrund der Gefahr des witterungsbedingten möglichen Felsabganges.
- Schnelle Einrichtung einer Ampelanlage auf der Altenaer Str. (L 530), Einmündung "Im Grund"; Lüdenscheid

Der Märkische Kreis hat im Folgenden weitere Straßen, Baustellen, Brückenbauwerke und neuralgische Punkte zusammengestellt, bei denen aus unserer Sicht zur Aufrechterhaltung des Straßennetzes dringender Handlungsbedarf besteht. Hier bitten wir Sie um intensive Prüfung, Einschätzung und entsprechende Berücksichtigung.

Maßnahmen im nachgelagerten Straßennetz

- Die Zuwegung zum Gewerbegebiet Iserlohn-Lasbeck ist derzeit aufgrund eines Brückenneubaus über die Anlage der DB AG gesperrt; die Baumaßnahme ist soweit gediehen, dass das Behelfsbrückenbauwerk in Kürze abgebaut wird und der Verkehr

über das neue Brückenbauwerk fließen kann; eine Entlastung der B 236 an dieser Stelle ist somit kurzfristig (innerhalb der ersten Jahreshälfte 2022) absehbar.

- A 46 Hagen Hohenlimburg: Laut Autobahn GmbH des Bundes werden die Brückeninstandsetzungsarbeiten noch bis Ende März 2022 andauern. Daher ist die Einfahrt der AS Hagen-Hohenlimburg in Richtung Hemer weiterhin gesperrt und wird erst mit Beendigung der Maßnahme geöffnet. Da diese Arbeiten witterungsbedingt sind, könnte sich die Fertigstellung dieser Maßnahme jedoch noch verzögern.
- Bauzustand des Kreisverkehrsplatzes VDM Werdohl im derzeitigen Zustand vorerst belassen und abschließende Maßnahmen zunächst ruhen lassen.
- Beschleunigung der Hangsicherung im Zuge der B 236 in Nachrodt-Wiblingwerde (zurzeit nur einspurig befahrbar mit Ampelsteuerung); Optimierung der Signalzeiten zwischen Hangsicherung und Signalisierung der Lennebrücke ist kürzlich erfolgt; jedoch ist bei der Hangsicherung mit einer Hauptausführungszeit / Zeit der Vollsperrung von 4 Monaten durch Straßen NRW kalkuliert, da hier Massen bis zu 6.000 m³ partiell bewegt werden müssen.
- Beschleunigung der Planung und späteren Ausführung des Brückenneubaus im Zuge der B 236 in Nachrodt-Wiblingwerde (zurzeit nur einspurig mit Ampelsteuerung befahrbar)
- Wiederherstellung der B236 zwischen Altena und Werdohl beschleunigen; Lennetal wieder befahrbar machen
- Wiederaufbau der Landstraße 656 „Höllmecke“ nach den Starkregenereignissen 2021
- Baustelle L651 Heedfelder Straße, Lüdenscheid, von der Straße „Im Grund“ bis „Freisenberg“; Beschleunigung der Maßnahme unter Aufrechterhaltung der mindestens zweistreifigen Verkehrsführung.
- Generelle Beschleunigung von Baumaßnahmen im Basisnetz durch Arbeiten auch in den Randzeiten und an Wochenenden (wie z.B. B 229 und B 236)

Beschleunigung folgender größerer Baumaßnahmen auf Bundes- und Landesstraßen, die als Umleitungs- und Ausweichstrecken genutzt werden:

- B 54 (Schalksmühle; Hangsicherung im Bereich Ohler Berg),
- B 229 (Baustellen innerorts in Neuenrade, Lüdenscheid)
- B 229 und 515 in Balve (Umgehungsstraße für Brückenbau, der für den Schwerlastverkehr bereits verstärkt worden ist)
- L 561 (Verbindung zwischen der A45, AS Lüdenscheid-Süd und Herscheid-Plettenberg); Ertüchtigung der Straße, um die aus Sicherheitsgründen auf einem Kilometer auf 30 km/h begrenzte Höchstgeschwindigkeit aufheben zu können; sowie zügige Vollendung des dreispurigen Ausbaues.
- L 683 (Baustellen Hemer-Ihmert)
- L 698 (Baustelle Altena-Nette)
- L 888 (Iserlohn – Ihmert) Baustelle; aufgrund der Hochwasserschäden: derzeitige Ablastung für Fahrzeuge auf max. 12 t; mittelfristige Ertüchtigung in Planung)

Die aktuelle Situation zeigt, wie fragil und gleichzeitig elementar ein intaktes Autobahn- und Straßennetz auch für eine ländlich geprägte, starke Wirtschaftsregion ist.

Daher gilt es, daraus die richtigen Lehren zu ziehen. In Zukunft müssen sich die Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Unternehmen und Betriebe auf eine belastbare Infrastruktur verlassen können. Deshalb ist es im gemeinsamen Interesse, nachhaltig das vorhandene Straßen- und Schienennetz in Südwestfalen zu ertüchtigen. Dabei sind in Zusammenarbeit von Bund und Land auch finanzielle Hilfen für die betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden notwendig.

Ganz herzlich bedanken wir uns schon jetzt für Ihre persönliche Unterstützung und die der Landesregierung. Wir sprechen für ein breites gesellschaftliches Bündnis der Region und sagen allen beteiligten Stellen dabei unsere volle Unterstützung zu, um diese historische Aufgabe gemeinsam zu meistern. Die Region darf mit diesen schwerwiegenden Herausforderungen nicht alleine gelassen werden und braucht konkrete Zusagen sowie echte Perspektiven von allen übergeordneten politischen Ebenen.

Persönlich stehe ich Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Marco Voge

Nezahat Baradari MdB

Inge Blask MdL

Thomas F. Bock
Kreishandwerksmeister
Kreishandwerkerschaft MK

Michael Brosch
Bürgermeister
Stadt Halver

Gordan Dudas MdL

Angela Freimuth MdL

Dr. Ralf Gerschkat
Hauptgeschäftsführer
SIHK zu Hagen

Özgür Gökce
Geschäftsführer
Märkischer
Arbeitgeberverband

Dr. Frank Hoffmeister
Vorsitzender
Arbeitgeberverband
Lüdenscheid e.V.

Dirk Jedan
Hauptgeschäftsführer
Kreishandwerkerschaft MK

Michael Joithe
Bürgermeister
Stadt Iserlohn

Uwe Kober
Bürgermeister
Stadt Altena

Christian Lepping
Geschäftsführer
Arbeitgeberverband
Lüdenscheid e.V.

Bettina Lugk MdB

Horst-Werner Maier-Hunke
Vorsitzender
Märkischer
Arbeitgeberverband

Hubertus Mühling
Bürgermeister
Stadt Balve

Florian Müller MdB

Jan Nesselrath
Bürgermeister
Stadt Meinerzhagen

Thorsten Schick MdL

Bernd Schildknecht
2. Stellv. Landrat,
Vorsitzender DGB im
Märkischen Kreis

Uwe Schmalenbach
Bürgermeister
Gemeinde Herscheid

Jörg Schönenberg
Bürgermeister
Gemeinde Schalksmühle

Prof. Dr. Roland Schröder
Bürgermeister
Stadt Menden

Ulrich Schulte
Bürgermeister
Stadt Plettenberg

Ralf Schwarzkopf
1. Stellvertretender Landrat

Christian Schweitzer
Bürgermeister
Stadt Hemer

Andreas Späinghaus
Bürgermeister
Stadt Werdohl

Olaf Stelse
Bürgermeister
Stadt Kierspe

Ralf Stoffels
Präsident
SIHK zu Hagen

Birgit Tupat
Bürgermeisterin
Gemeinde Nachrodt-
Wiblingwerde

Johannes Vogel MdB

Sebastian Wagemeyer
Bürgermeister
Stadt Lüdenscheid

Antonius Wiesemann
Bürgermeister
Stadt Neuenrade

Christian Will
Kreishandwerksmeister
Kreishandwerkerschaft MK

Paul Ziemiak MdB